

Transparenzerklärung zur Datenverarbeitung im Rahmen der Meldung an die Ombudsstelle

Die folgenden Informationen sind aus der Perspektive des jeweiligen Unternehmens zu verstehen, dessen Ombudsstelle Sie kontaktiert haben. Die Ombudsstelle nimmt die Meldungen entgegen und bearbeitet sie. Sie ist datenschutzrechtlich betrachtet Auftragsverarbeiter des Verantwortlichen. Der Verantwortliche der damit einhergehenden Datenverarbeitung ist das betreffende Unternehmen. Um den Prozess zu verschlanken und die konforme Information der Hinweisgeber zu gewährleisten, übernimmt die Ombudsstelle die Erfüllung der Informationspflichten des Verantwortlichen stellvertretend. Es handelt sich also um eine rein organisatorische Maßnahme, die an der datenschutzrechtlichen Rollenverteilung nichts ändert oder begründet.

Datenverarbeiter

Verantwortliche Stelle

AMICALIS Zufrieden Leben GmbH, Große Theaterstraße 31 - 35, D-20354 Hamburg, Telefon: 040 2880968-70, info@amicalis.de

Datenschutzbeauftragter

Prof. Ulf Glende, GLENDE CONSULTING GmbH & Co. KG, Friedrich-Barnewitz-Str. 7, 18119 Rostock
info@glende-consulting.de

Verarbeitungsrahmen

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Der Verantwortliche betreibt eine interne Meldestelle und ermöglicht hierüber seinen Beschäftigten und ggf. auch Dritten (im Folgenden „Hinweisgeber“) die Übermittlung von Hinweisen auf vermeintliche Rechtsverstöße durch Beschäftigte des Verantwortlichen. Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere:

- Informationen zur persönlichen Identifizierung des Hinweisgebers, wie zum Beispiel Vor- und Nachname, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse.
- Beschäftigteneigenschaft zur Verifizierung.
- Informationen zu Betroffenen, d.h. natürliche Personen, die in einem Hinweis als eine Person bezeichnet wird, die den Verstoß begangen hat.
- Informationen über Verstöße, die ggf. Rückschlüsse auf eine natürliche Person erlauben.

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten zum Zwecke der Bearbeitung von Meldungen, um Verstöße gegen geltendes Recht oder Unternehmensrichtlinien zu verhindern, aufzudecken oder zu verfolgen. Wir verarbeiten persönliche Daten, um Meldungen zu bearbeiten, damit mögliche Rechts- oder Unternehmensrichtlinienverstöße identifiziert, verhindert oder verfolgt werden können. Das beinhaltet auch die Überprüfung der Meldungen auf ihre Richtigkeit und eventuelle interne Untersuchungen, Nachforschungen und mögliche Strafmaßnahmen.

Die persönlichen Daten des Hinweisgebers nehmen wir grundsätzlich nur mit seiner ausdrücklichen Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO in unsere Bearbeitung auf. Sollte sich eine Meldung jedoch als nicht stichhaltig und bösgläubig erweisen, werden alle zur Identifikation des vermeintlichen Hinweisgebers notwendigen und vorhandenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO zu weiteren Ermittlungen genutzt. Daten bezüglich des Beschäftigungsverhältnisses, über betroffene Personen oder solche, die Hinweise auf Individuen geben können, werden ebenfalls gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO bearbeitet. Diese Regelung erlaubt Datenverarbeitung, wenn sie im Interesse des Datenverarbeitenden oder einer dritten Partei liegt, solange die Rechte der betroffenen Person, nicht schwerwiegender sind.

Unsere Priorität ist es, Meldungen zu bearbeiten, die mögliche Verstöße aufdecken könnten. Dies kann auch Untersuchungen zur Richtigkeit der Meldungen, interne Nachforschungen und Strafmaßnahmen mit einschließen. Ob individuelle Rechte einer solchen Datenverarbeitung im Wege stehen, wird fallweise entschieden.

Wir könnten auch Daten von Angestellten auf Basis von § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG. Diese Regelung erlaubt die Verarbeitung von Mitarbeiterdaten, um Straftaten aufzudecken, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind.

Falls uns eine Widerrufung Ihrer Zustimmung vorliegt, dürfen wir dennoch auf alternative rechtliche Grundlagen zurückgreifen, denen wir folgen müssen. Im Falle eines Widerrufs werden wir Sie entsprechend darüber informieren.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden

Üblicherweise löschen wir Informationen aus einer Meldung drei Jahre nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens. Allerdings kann eine längere Aufbewahrungsfrist notwendig sein, wenn zusätzliche rechtliche Maßnahmen eingeleitet werden müssen, wie beispielsweise der Beginn strafrechtlicher oder disziplinarischer Verfahren. Ferner kann die Aufbewahrung über diesen Zeitraum hinaus gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO aufgrund von gesetzlichen oder berufsrechtlichen Vorgaben zur

Datenaufbewahrung und -dokumentation erforderlich sein. Oder, wenn eine betroffene Person gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO einer verlängerten Aufbewahrung zustimmt. In Fällen, in denen keine solchen Aufbewahrungspflichten vorliegen, erfolgt die Löschung der Daten, sobald der ursprüngliche Zweck ihrer Erfassung nicht mehr gegeben ist. Daten im Kontext von Meldungen, die wir als offensichtlich unbegründet betrachten, werden umgehend entfernt. Unter gesetzlich erlaubten Umständen behalten wir auch Daten, wenn sie zur Durchsetzung, Wahrnehmung oder Abwehr von Rechtsansprüchen notwendig sind.

Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Eine gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten des Hinweisgebers besteht nicht.

Quelle der Daten

Wir erheben die Daten grundsätzlich im direkten Kontakt mit dem Hinweisgeber. Personenbezogene Daten von Beschäftigten erheben wir erstmalig ebenfalls vom Hinweisgeber. Diese werden ggf. verifiziert und angereichert durch Informationen, die wir ggfls. von Dritten erhalten. Eine Erhebung von personenbezogenen Daten kann ggfls. auch aus öffentlichen Quellen erfolgen.

Weitergabe und Auslandsbezug

Empfänger der personenbezogenen Daten

Für den Betrieb der internen Meldestelle bedienen wir uns eines externen Dienstleisters. Dieser nimmt die Meldungen der Hinweisgeber entgegen. Sollten sich im Rahmen einer Meldung interne Untersuchungen anschließen, erhalten wir von diesem Dienstleister alle relevanten Informationen. In diesen Fällen können zuständige Abteilungen in unserem Unternehmen, staatliche Gefahrenabwehr- und/oder Strafverfolgungsbehörden und andere unterstützende Parteien Empfänger Ihrer Daten sein.

Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfolgt nicht und ist auch nicht geplant.

Betroffenenrechte

Widerruf erteilter Einwilligung (Art. 7 DSGVO)

Sie können erteilte Einwilligungen jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen, ohne dass dabei die Rechtmäßigkeit der bis dato erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen.

Weitere Rechte in Bezug auf Ihre Daten

Sie haben ferner das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Über etwaige Einschränkungen Ihrer Rechte, werden wir Sie gesondert informieren.

Beschwerderecht

Sind Sie der Meinung, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten gegen deutsches oder europäisches Datenschutzrecht verstoßen, so bitten wir Sie, mit uns Kontakt aufzunehmen, um Fragen klären zu können. Sie haben selbstverständlich auch das Recht, sich an die zuständige Aufsichtsbehörde* zu wenden.